



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

09/10 | 2018

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

das Thema Wirtschaft hat, bei aller Diskussion um die Bedeutung der Weltwirtschaft in Zeiten der Globalisierung, auch immer eine lokale Seite: denn in der Regel haben Wirtschaftsunternehmen einen Standort in einer Stadt oder Gemeinde. Dort findet die Wertschöpfung statt, dort haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze. Dennoch ist das Verhältnis zwischen Kommunen und Wirtschaft nicht immer einfach; die unterschiedlichen Interessenlagen auf beiden Seiten führen zu Schnittmengen, die je nach Konstellation mal größer, mal kleiner sein können.

Auf Seite der Wirtschaft dominiert der Wunsch nach guten Standortbedingungen. Gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl, geringe Kosten durch öffentliche Steuern und Abgaben, eine verkehrsgünstige Erschließung und möglichst wenige Einschränkungen und Auflagen für die Produktion sind hier zu nennen.

Und auch die Städte und Gemeinden sind in Ihren Erwartungen klar: Ganz oben stehen dabei Arbeitsplätze für die Menschen vor Ort. Daneben erwartet der Kämmerer auch noch einen Beitrag für die oftmals klammen kommunalen Kassen. Um Ihr Ziel zu erreichen, betreiben Städte und Landkreise mit unterschiedlichem Aufwand und Erfolg Wirtschaftsförderung und versuchen neue Unternehmen anzusiedeln oder bestehende Betriebe zu halten.

In den neunziger Jahren zeigte sich dies in der Ausweisung unzähliger Gewerbegebiete. Oftmals mit einer hohen Förderung z.B. aus dem Bund/Länderprogramm der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ versehen, wurden damals Flächen erschlossen; zusätzlich lockte das Land



Christian Großmann

Foto: SGK Brandenburg

mit weiteren Hilfen für die Unternehmen und großzügigen Steuererleichterungen.

Mit 25 Jahren Abstand kann man sagen, dass nicht alle Bemühungen von Erfolg gekrönt gewesen sind. Zahlreiche „beleuchtete Wiesen“ am Rande von Dörfern und fernab von Verkehrsverbindungen – heute oft mit Solaranlagen bestückt – zeugen von zerplatzten Träumen. Andere Standorte haben sich dagegen überdurchschnittlich positiv entwickelt. Die ausgewogene Mischung aus kommunalpolitisch Verantwortlichen mit Augenmaß, seriösen und erfahrenen Unternehmern, aufgeschlossenen und motivierten Menschen vor Ort sowie Lagegunst und weiteren lokalen Aspekten war die Grundlage für das Gelingen.

Die 90er Jahre waren aber auch von einer Aufbruchstimmung, ja vieler Orten gar von Euphorie geprägt.

„Gut ist, was Arbeit schafft!“ war ein Slogan aus dieser Zeit. Und so waren Proteste gegen die Ausweisung und Erschließung der Gewerbe- ja selbst der Industriegebiete – so gut wie gar nicht zu verzeichnen.

Dies hat sich mittlerweile grundlegend geändert. Heute wird fast jede Planung von teils vehementen Bürgerprotesten begleitet. Es scheint auch egal zu sein, um was für ein Vorhaben es sich handelt. So regt sich der Widerstand nicht nur gegen Industrieansiedlungen, Windparks, Gaskraftwerke oder Großställe; selbst Wohngebiete oder gar der Bau einer Schule, wie jüngst in Potsdam, rufen Kontra-Bürgerinitiativen auf den Plan. Woran liegt das?

Ein – für mich nachvollziehbarer – Erklärungsansatz stammt von Siegmund Gabriel aus seiner Zeit als Parteivorsitzender. In einem Beitrag für die F.A.Z. aus dem Jahr 2011 äußerte er

Inhalt

Wirtschaftliches Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze sichern soziale Gerechtigkeit (Teil 1)

Städte kooperieren statt zu konkurrieren

Ein Industriestandort im Aufschwung

die Auffassung, dass heute immer weniger Menschen in Deutschland daran glaubten, der Fortschritt hielte eine soziale Dividende in Form von mehr Sicherheit und mehr Wohlstand für sie bereit. Und so hat wohl die Frage, was dieses neue Gewerbe- oder Wohngebiet, diese neue Schule für mich als Nachbarn ganz persönlich und konkret für Vorteile bringt, die Frage nach Chancen oder dem – zugegeben sehr abstrakten – gesamtgesellschaftlichen Nutzen im Bewusstsein der Menschen verdrängt. Der Glaube unserer Eltern und Großeltern an einen Fortschritt, der, wenn nicht für Sie selber, dann zumindest für die Kinder und Enkelgeneration ein besseres Morgen schafft, ist weitestgehend verloren gegangen.

Sicherlich ist in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt worden. Eine unkritische Technikgläubig- ja fast -hörigkeit ist heutzutage kaum

noch anzutreffen; allenfalls bei den Anhängern der Sekte vom „angebissenen Apfel“ treten solche Verzückungen bei der Vorstellung neuer Gerätschaften gelegentlich noch auf.

Aber auch durch Planungsverfahren, in denen augenscheinlich die Belange der Rotbauchunke mehr zählen als die berechtigten Interessen von direkt betroffenen Menschen, zerstören Akzeptanz. Der von Niklas Luhmann geprägte Satz der „Legitimation durch Verfahren“ gerät da ins Wanken.

Um dies zu ändern muss am ganz großen Rad gedreht werden. Wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung müssen wieder in eine Balance gebracht werden. Alleine von der lokalen Ebene kann diese Balance nicht erreicht werden. Die Aushandlung eines neuen gesamtgesellschaftlichen Konsenses geht uns alle an.

Euer



Christian Großmann

Vorsitzender der SGK Brandenburg

Wirtschaftliches Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze sichern soziale Gerechtigkeit (Teil 1)

Wirtschaft- und Wirtschaftsförderpolitik in Brandenburg

Autor Helmut Barthel, Sprecher für Wirtschaft und Digitalisierung der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Der wirtschaftliche Aufholprozess des Ostens stagniert

Die Konjunktur im Land Brandenburg hat sich in den letzten Jahren stabil entwickelt. 2017 lag das Wirtschaftswachstum hierzulande preisbereinigt bei 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit liegt Brandenburg gleichauf mit Sachsen. Mecklenburg-Vorpommern mit 1,8 Prozent und Thüringen mit 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum weisen zwar ein höheres Wachstum auf, liegen aber auch deutlich unter dem durchschnittlichen Wachstum von 2,3 Prozent in den alten Bundesländern. Bayern und Niedersachsen verzeichneten als Flächenländer 2017 sogar einen Zuwachs von 2,8 Prozent bzw. 2,5 Prozent.

Das wirft zwangsläufig die Frage nach den Ursachen für diese unterschiedliche Dynamik auf. Fest steht, diese sind sehr vielfältig. Auf einige Aspekte sei im Folgenden eingegangen.

Ein wesentliches Ursachenbündel liegt sicher in der historisch beeinflussten Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland. Sie ist sehr kleinteilig und bekanntermaßen sind in Ostdeutschland keine Konzernzentralen zu finden. Auch im TecDAX sind ostdeutsche Unternehmen eher die Ausnahme. Vergleicht man die Zahl der global agierenden Mittelständler und Hidden Champions, ist Ostdeutschland ebenfalls im Hintertreffen.

Schaut man auf die Forschungs- und Entwicklungslandschaft, die ein wesentlicher Indikator für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft ist, zeigt sich auch hier ein signifikanter Unterschied. Einrichtungen der Spitzenforschung, wie Institute der Max-Planck-Gesellschaft oder der

Fraunhofer-Gesellschaft sind in Westen doppelt so häufig zu finden, wie im Osten. Gleiches gilt auch für die industrielle Spitzenforschung. Eng damit verbunden ist die Tatsache, dass auch nach fast 30 Jahren Wirtschaftsförderung die durchschnittliche Produktivität in Ostdeutschland etwa ein Drittel niedriger ist als in Westdeutschland.

Der Fachkräftemangel wird in allen Teilen der Bundesrepublik schon jetzt als limitierender Faktor spürbar. Dieses Phänomen des demografischen Wandels wirkt im Osten noch verstärkt. Nicht nur in der Vergangenheit sind gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Westen abgewandert, auch heute steht der Osten im permanenten Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte. Das nach wie vor hohe Lohngefälle zwischen West und Ost erweist sich zunehmend als negativer Standortfaktor.

Abschließend sei noch auf einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor verwiesen: die geringere Finanzkraft der ostdeutschen Bundesländer und Kommunen. Auch wenn die gesamtdeutsch wirkenden Förderinstrumente, wie z. B. die Förderung des Breitbandausbaus oder die GRW-Förderung, die Strukturunterschiede in den Regionen, insbesondere des Ostens berücksichtigen, steht in den finanzstarken westdeutschen Ländern deutlich mehr Geld für Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung bereit. Diese Mittel speisen sich aus den Länder- oder Kommunalhaushalten.

Nur am Rande sei an dieser Stelle an den anstehenden Ausstieg aus der Braunkohle erinnert. Auch diese politisch, nicht wirtschaftlich, begründete Entscheidung wird deutli-

chen Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum in ganz Ostdeutschland haben. Betrifft es doch einen Industriezweig, der wesentlichen Anteil an der Wertschöpfung in Brandenburg hat. Damit verbunden ist auch eine deutliche Steigerung der Energiepreise nicht auszuschließen. Das ist unbestritten ein Nachteil, nicht nur im globalen Wettbewerb um Industrieansiedlungen.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Nach einer erfolgreichen Aufholjagd der ostdeutschen Bundesländer stagniert der Annäherungsprozess. Das zeigt auch der Fortschrittsbericht der Bundesregierung zum Aufbau Ost. Erfolgreiche Wirtschaftsförderungskonzepte wie die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) reichen in ihrer Wirkung offensichtlich allein nicht mehr aus um die notwendige Wachstumsdynamik zu generieren, die zum Ausgleich regionaler Disparitäten notwendig wäre.

Insgesamt stellt sich damit die Frage, was kann und muss Wirtschaftsförderung auf Landesebene tun, um strukturelle Nachteile langfristig auszugleichen? Welche Instrumente haben sich bewährt? Wo muss deutlich nachjustiert werden? Wo bedarf es völlig neuer Überlegungen, um rechtzeitig auf neue Herausforderungen zu reagieren? Dabei sollten nicht nur technologische Veränderungen wie die Digitalisierung im Blick sein, sondern auch die im Wandel begriffenen politischen Rahmenbedingungen. Dazu gehört der Brexit genauso wie die zunehmenden Handelskonflikte zwischen der USA und der EU, der Protektionismus der chinesischen Regierung oder die sich abzeichnenden grundlegenden Regelerneuerungen für die Inanspruchnahme von EU-Fonds.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Rachil Ruth Rowald,
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Entscheidend für die Wirksamkeit von Wirtschaftsförderpolitik in Brandenburg wird auch sein, wie es gelingt, das eigene Instrumentarium und die Organisationsstruktur der Wirtschaftsfördergesellschaften zu optimieren und weiter zu entwickeln.

Die GRW – ein bewährtes Förderinstrument wandelt sich

Eines der wichtigsten strukturpolitischen Instrumente ist und bleibt die GRW. Mit Beginn der 6. Legislaturperiode konnte Brandenburg eine vollständige Ko-Finanzierung der Bundesmittel erreichen.

Auf dieser Basis wurden z.B. im Jahr 2016 in Brandenburg über 200 Projekte in der gewerblichen Wirtschaft mit Fördermitteln in Höhe von rund 129 Millionen Euro bezuschusst und damit Gesamtinvestitionen von über 700 Millionen Euro unterstützt. Mit diesen Investitionen war die Schaffung von mehr als 1100 neuen Arbeitsplätzen und 80 neuen Ausbildungsplätzen verbunden. Im Bereich der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur wurden 24 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 51,4 Millionen Euro durch einen Zuschuss in Höhe von 36 Millionen Euro gefördert.

2017 waren es 266 Projekte in der gewerblichen Wirtschaft (GRW-G), die durch eine bewilligte Fördersumme von 163,17 Millionen Euro Investitionen von über 959,86 Millionen Euro unterstützen.

Insgesamt wurden 2017 mit der GRW 367 Projekte mit einem Zusagevolumen von rd. 179,38 Millionen Euro und einem Investitionsvolumen von rd. 984,31 Millionen Euro unterstützt

Die Änderung des Koordinierungsrahmens für die GRW-Förderung im Jahre 2017 stellte eine durchaus sinnvolle Neujustierung dar. Wurden bis dato Investitionen in Kapazitätserweiterungen für bestehende Produkte/Produktionsverfahren mit hohen Millionenbeträgen gefördert, liegt jetzt der Schwerpunkt auf Diversifizierung bzw. dem Aufbau von Kapazitäten für neuartige Produkte und Dienstleistungen. Zu beobachten ist im Ergebnis dieser Neuausrichtung eine Veränderung der Antragsstruk-

tur. Während die Vielfalt und Anzahl der Förderanträge gestiegen ist, sank die Höhe der beantragten Einzelförderung je Projekt. Im Ergebnis war für 2017 eine deutlich geringere Auslastung der bereitgestellten GRW-Fördermittel zu verzeichnen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich für 2018 ab. Der veränderte Förderansatz, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu unterstützen, ist sicher richtig. Er kommt der Kleinteiligkeit der märkischen Wirtschaft entgegen. Er erfordert aber einen erhöhten Aufwand in der Beratung und Begleitung von Unternehmen bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und der damit verbundenen Investitionsbereitschaft.

Förderkriterium „Gute Arbeit“ – ein wichtiges Signal in Sachen soziale Marktwirtschaft

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes verlief in Brandenburg in den letzten Jahren sehr positiv. 2016 entstanden durch Fördermaßnahmen mehr als 3.800 Arbeitsplätze neu oder wurden stabilisiert. 2017 waren es rund 3.540. Die Erwerbstätigenzahl lag 2017 bei rund 1,117 Millionen. Die Arbeitslosenquote betrug in Brandenburg 2017 jahresdurchschnittlich 7,0%. Brandenburg liegt damit deutlich unter dem Durchschnittswert in den neuen Bundesländern. Das sind erfreuliche Zahlen.

Unterstützt wird diese Entwicklung auch durch die Förderpolitik des Landes. Außerordentlich zu begrüßen ist aus sozialdemokratischer Sicht, dass in die GRW-Richtlinie das Kriterium „Gute Arbeit“ durch die Landesregierung aufgenommen wurde.

So muss in Abhängigkeit von der Fördersumme ein prozentualer Anteil an neuen Dauerarbeitsplätzen geschaffen werden. Eine Halbierung der Förderung erfolgt, wenn das Unternehmen mehr als zehn Prozent Leiharbeiter in der Betriebsstätte beschäftigt. Wer mehr als 30 Prozent Leiharbeiter in der Betriebsstätte beschäftigt, erhält keine Förderung.

Auch wenn die Reallöhne in Brandenburg 2017 im Durchschnitt um 1,4 Prozent gestiegen sind, liegen die Durchschnittseinkommen deut-

lich unter denen in den westdeutschen Ländern. Das geht aus jüngst veröffentlichten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervor. Während der Median des monatlichen Bruttogehaltes in Baden-Württemberg bei 3.546 Euro liegt, sind es in Brandenburg 2.493 Euro. Im Durchschnitt verdient man also in Brandenburg ca. 1.000 Euro weniger für dieselbe Arbeit. Nicht nur Gewerkschafter sehen im deutlich geringeren Organisationsgrad von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Ursache für das Gefälle. Tarifverträge haben im Osten deshalb eine deutlich geringere Wirkung als im Westen. Die Berücksichtigung einer Stellungnahme der Sozialpartner bei der Vergabe von Fördermitteln ist ein durchaus prüfenswerter Schritt, um hier voranzukommen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist auch der einzige Weg, um im Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte zu bestehen. Nur eine zeitna-

he Angleichung der Ost-Löhne und Ost-Gehälter an das Westniveau, natürlich unter Berücksichtigung der Produktivität, wird ein weiteres Abwandern gut ausgebildeter Fachkräfte in Richtung Westen verhindern.

Klasse statt Masse

Auch wenn diese Formel sprachlich verkürzt, zeigt sie doch die notwendige Entwicklungsrichtung von Wirtschaftsförderung. Wir brauchen einen Schwenk vom investitionsgetriebenem Handeln hin zum innovationsgetriebenem Wachstum. Die aktuelle Förderkulisse zeigt, dass die Brandenburger Wirtschaftsförderung hier auf dem richtigen Weg ist. Die Konzentration der Fördermittel auf neun innovative Cluster, fünf gemeinsam mit Berlin (Energietechnik, Gesundheitswirtschaft, IKT-Medien/Kreativwirtschaft, Verkehr/Mobilität/Logistik, Optik) und vier rein Brandenburger (Ernährungswirtschaft, Kunststoffe/Chemie, Metall, Tourismus) sowie GRW- Netzwerke (u.a.

Automotiv, Luft- und Raumfahrt) ist auch für die Herausforderungen der Zukunft eine tragfähige Grundlage. Das hat der Landtag mit seinem Beschluss vom März diesen Jahres „Clusterstrategie fortsetzen und weiterentwickeln“ (Drucksache 6/7973) bekräftigt. Mit dem Beschluss wurden auch zwei wesentliche Kriterien zukünftiger Förderpolitik definiert. Zum einen den gezielten Austausch zwischen etablierten Unternehmen und Gründern (auch über Cluster Grenzen hinweg) zu etablieren und gleichzeitig bei der Umsetzung der Gründungs- und Nachfolgestrategie des Landes gezielt innovative Unternehmensgründungen in den Clustern zu unterstützen.

Bei der organisatorischen Weiterentwicklung der Clusterstrategie sieht der Beschluss den weiteren Ausbau der Partnerschaft mit Berlin als essenziell an. Begrüßenswert ist aus dieser Sicht der Vorstoß der Berliner, sich gemeinsam mit Brandenburg als

eine gemeinsame Innovationsregion für das Thema Künstliche Intelligenz zu etablieren. Die vorhandenen Potentiale im Bereich Forschung und Entwicklung bilden dafür eine solide Grundlage.

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wird international als ein Wirtschaftsraum wahrgenommen. Diesem Fakt muss auch die gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg gerecht werden, die noch bis zum Ende der Legislaturperiode das Parlament erreichen soll. In der Außenwirtschaftsstrategie der Landesregierung vom August 2018 ist der Aspekt der gemeinsamen Wirtschaftsregion leider völlig ausgeblendet.

(Der Beitrag wird in der kommenden Ausgabe mit dem zweiten Teil fortgesetzt)

Städte kooperieren statt zu konkurrieren

Interview mit Thomas Günther, Bürgermeister von Hennigsdorf

Thomas Günther ist seit Februar 2018 Bürgermeister von Hennigsdorf in Oberhavel und war zuvor langjähriges Mitglied des Landtages Brandenburg sowie Stadtverordneter.

Wirtschaft schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze und trägt darüber hinaus zum städtischen Steuereinkommen bei. Standortentscheidungen von Unternehmen hängen jedoch entscheidend von den Rahmenbedingungen vor Ort ab, bei denen die Städte gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft gestalten. Was braucht man deiner Meinung nach, um die entsprechenden Bedingungen zu schaffen?

Zunächst bin ich fest davon überzeugt, dass nur eine gut funktionierende und serviceorientierte Verwaltung die Herausforderungen der heutigen Zeit stemmen kann. Wenn wie in Hennigsdorf auch die kommunale Politik der Meinung ist, dass Industrie und Gewerbe für unsere Stadt nicht nur gute Tradition sind sondern auch eine Zukunft haben, liegt genau in diesem Zusammenspiel das Geheimnis des Erfolges.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Hennigsdorf unterstützt Unternehmer und Investoren, die sich in der Stadt Hennigsdorf ansiedeln wollen. Wie muss man



Thomas Günther, Bürgermeister der Stadt Hennigsdorf Foto: privat

sich das vorstellen? Wie hilft die Wirtschaftsförderung den Unternehmen, die sich ansiedeln oder erweitern wollen?

Das Wichtigste ist, dass alle Mitarbeiter im Rathaus ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Unternehmen haben – ob Erweiterung oder Neuansiedlung. Jedes Unternehmen wird von seiner ersten Anfrage bis zum Einzug durch die Kollegen im Rathaus beraten und begleitet. Eine spezielle Arbeitsgruppe im Bereich Wirtschaftsförderung erarbeitet Konzepte, bespricht Anfragen und kümmert sich um die Bestandspflege. Letztlich ist Wirtschaftsförde-

rung ebenso Chefsache, da nehme ich mich natürlich auch selbst in die Pflicht.

Hat Hennigsdorf zum Beispiel noch genug freie Gewerbeflächen und ist die wirtschaftsnahe Infrastruktur, deiner Meinung, ausreichend entwickelt?

Es gibt immer Projekte, an denen man arbeiten muss. In Hennigsdorf ist das beispielsweise der nördliche Tunneldurchstich, der für das Gewerbegebiet Nord den Zugang zum Bahnhof erleichtern soll. Wir geben nicht auf, dass wir gemeinsam mit der Deutschen Bahn eine Lösung finden. Insgesamt ist Hennigsdorf allerdings gut aufgestellt. Anders sieht es bei den Gewerbeflächen aus. Eine hohe Nachfrage sorgt dafür, dass nahezu alle Flächen reserviert und nur noch wenige Kapazitäten vorhanden sind. Erweiterungen von Gewerbegebieten sind für Hennigsdorf nicht möglich.

In die Medien geriet Hennigsdorf in der jüngeren Vergangenheit als bekannt wurde, dass Zughersteller Bombardier bundesweit mehr als jeden vierten Arbeitsplatz streichen will und dass, neben Görlitz, Hennigsdorf am stärksten betroffen sein wird. Wie ist die aktuelle Situation in Hennigsdorf?

Im Grunde unverändert. Die Stadt

Hennigsdorf setzt bei ihren Bemühungen, den Standort für den Schienenfahrzeugbau zu erhalten, auf eine aktive Unterstützung seitens der Landesregierung und des Wirtschaftsministeriums. Gleichzeitig unterbreiten wir aktiv Angebote, wie z.B. freiwerdende Flächen durch eine Entwicklungsgesellschaft langfristig revitalisiert werden können. Die Herausforderungen sind zweifelsohne groß.

Könnte das dem Standort Hennigsdorf nachhaltig geschadet haben? Oder siehst du eher eine ungebrochene Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen?

Mit einem starken Mittelstand und vielen innovativen Unternehmen ist Hennigsdorf breit aufgestellt. Mit sieben Neuansiedlungen im Jahr 2018 wächst und gedeiht die Stadt. Ich bin überzeugt, dass Hennigsdorf auch für die Zukunft gut gerüstet ist. Die wir übrigens mit Bombardier gemeinsam gestalten wollen.

Im April 2018 wurden durch die Wirtschaftsförderung des Landes finanzielle Mittel von rund einer Million Euro an die Städte in Oranienburg, Hennigsdorf und Velten übergeben, die unter dem Dach des Regionalen Wachstumskerns gefördert werden. Welche Bedeutung hat das für die Stadt?

Die Bedeutung lässt sich gut an dem Projekt „Standortmanagement und –Standortprofilierung im RWK O-H-V“ der zurückliegenden drei Jahre (2014-2017) belegen. Die über das Förderprojekt erworbenen Markenbotschafter des RWK O-H-V repräsentieren die drei Städte über ihre wirtschaftlichen Beziehungen weit über die Standortgrenzen hinaus. Im Hinblick auf Wirtschaftsförderung, Standortmarketing, Standortanalyse und Strategie-/Konzeptentwicklung hat sicher einiges bewegt und wird es sicher weitere Fortschritte geben. Für die Zukunft der Regionalen Wachstumskerne muss das Land als Initiator aber noch klarer deren Alleinstellungsmerkmal definieren und den gesamten Prozess intensiver steuern und begleiten.

Hennigsdorf steht, in dem Regionalen Wachstumskern, neben Oranienburg und Velten. Zwei ebenfalls „starken Städten“. Stehen die drei damit nicht auch in Konkurrenz zueinander?

Das ist das Schöne und Erfolgreiche an unserem Wachstumskern – Städte kooperieren statt zu konkurrieren. Die interkommunale Zusammenarbeit der Verwaltungen steht hier an oberster Stelle. Der Ansatz „Stärken stärken“ der Landesregierung entspricht genau den Bedürfnissen, die eine prosperierende Region mit Oranienburg, Velten und Hennigsdorf benötigt. Unsere Unternehmen befinden sich an einem der wirtschaftlich stärksten Standorte im Land. Das Selbstbewusstsein und die eigene Wahrnehmung dafür steigen stetig.

Das Land Brandenburg bietet eine Fülle an Unterstützung durch Förderprogramme. Ist das ausreichend oder gibt es da Defizite und vielleicht Handlungsbedarf?

Handlungsbedarf gibt es immer: Förderrichtlinien kommen verzögert, umfangreiche Wettbewerbe verhindern kurzfristige und praxisnahe Projekte, unzählige Förderbedingungen und Nachweispflichten verlangsamen Investitionen. Gerade junge Unternehmen, etwa in der sich in Hennigsdorf sehr dynamisch entwickelnden Biotechnologie-Branche, haben wesentlich schnellere Wachstumszyklen. Auch beim Bau von Wohnungen und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind die „Wachstumsschmerzen“ größer als

das Entwicklungstempo. Fachkräftemangel ist in aller Munde und bei der Digitalisierung stehen wir ebenfalls noch am Anfang. Ohne Unterstützung von Land und Bund können diese mannigfaltigen Aufgaben selbst durch eine aktive und risikobereite Kommune wie Hennigsdorf nicht allein gelöst werden.

Trägt, deiner Ansicht nach, die Förderung einzelner Unternehmen auch dazu bei den Standort Hennigsdorf insgesamt zu entwickeln?

Insbesondere für unsere innovative Life-Sciences Branche ist Förderung eines der zentralen Ansiedlungsthemen. Schon immer hat die Stadt aktiv daran mitgewirkt, dass die Rahmenbedingungen optimal ausgestaltet sind. Startups im Innovati-

onsforum Hennigsdorf benötigen in der Gründungsphase Unterstützung. Aber auch Bestandsunternehmen mit Erweiterungspotential bauen auf existenzsichernde Investitionen. Das ist letztlich auch ein Vorteil für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Stadt.

Was macht die Stadt, deren Bürgermeister du bist, ganz besonders bzw. was sind die ganz besonderen Standortvorteile?

Die einen sehen vor allem die prosperierende und geschichtsträchtige Industrie. Andere wiederum schauen auf die üppige Landschaft, auf die beschauliche Havel und familienfreundliche Wohngebiete. Was wunderbar ist, Hennigsdorf ist genau all das. Und noch mehr: kurze Wege in der Stadt, eine funktionierende Inf-

rastruktur und gut ineinander greifende Strukturen. Und da sehen wir klare Vorteile gegenüber den Berliner Nachbarn.

Wenn du in die Zukunft schauen könntest, was würdest du dir für den Standort Hennigsdorf wünschen?

Vor allem, dass die Entwicklung so weitergeht und sich Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger weiterhin in der Stadt wohl fühlen. Ich wünsche mir, dass wir Industriestadt und attraktiver Wohnstandort bleiben, dass Wohnungen gebaut werden und die Menschen trotzdem genug Platz für Naherholung haben und dass wir auch in Zukunft mit Stolz sagen können, dass Hennigsdorf jedes Jahr ein wenig lebenswerter wird.

Ein Industriestandort im Aufschwung

Interview mit Ralf Tebling, Bürgermeister der Stadt Premnitz im Havelland

Ralf Tebling ist seit 2016 Bürgermeister der Stadt Premnitz im Landkreis Havelland, nachdem er zuvor Ortsvorsteher in Mögeln und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Premnitz war.

Die Stadt Premnitz war früher geprägt durch die chemische Industrie. Wie sieht es heute aus? Was macht die Stadt Premnitz, deren Bürgermeister du bist, ganz besonders?

In Premnitz stimmt im wahrsten Sinne des Wortes die Chemie. Die chemische Industrie, vorneweg die Märkische Faser AG mit über 525 Beschäftigten spielt auch heute noch eine gewichtige Rolle in der Stadt. Im Industriepark Premnitz (IPP) mit insgesamt über 1.400 Arbeitsplätzen sind etwa 40 Unternehmen angesiedelt. Die meisten Unternehmen sind aus dem ehemaligen volkseigenen Betrieb „Friedrich-Engels“ hervorgegangen und sind in der Energieerzeugung, Abfallbehandlung unterwegs. Bis 1990 fanden über 6.000 Menschen Brot



Ralf Tebling, Bürgermeister der Stadt Premnitz Foto: privat

Was sind deiner Meinung nach die ganz besonderen Standortvorteile deiner Stadt?

Premnitz liegt an der B 102. Wir verfügen über einen gut ausgebauten Öffentlichen Personenverkehr sowohl was die Busanbindung als auch die Zugverbindungen angeht. Im Stundentakt können wir unsere Landeshauptstadt erreichen und dies in (nur) 50 Minuten.

Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs von 12.000 auf jetzt 8.600, mit den im Jahr 2002 hinzugekommenen Ortsteilen Döberitz und Mögeln, und dem damit verbundenen Stadtumbau verfügen wir über sehr günstiges Bauland. 40 Euro pro Quadratmeter für erschlossenes Bauland. Darüber hinaus verfügen wir auf Grund unserer industriellen Vergangenheit aus DDR-Zeiten über eine riesige hervorragende kulturelle, sportliche und soziale Infrastruktur. Eine solche findet man in Gemeinden mit vergleichbaren Bevölkerungszahlen kaum.

und Arbeit im heutigen IPP. Allein an diesen Zahlen wird deutlich, welche Zäsur hinter uns liegt.

Ansonsten zeichnet sich unserer Industriestandort dadurch aus, dass er inmitten des Naturparks Westhaveland liegt. Nicht einmal 1.000 Meter von den Produktionen entfernt, können wir die Havel und unsere unvergleichbare Natur genießen.

Lesen Sie weiter auf S. VIII

Weiter von Seite VI

Standortentscheidungen von Unternehmen hängen entscheidend von den Rahmenbedingungen vor Ort ab, bei denen die Städte gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft gestalten. Was kannst du als Bürgermeister dafür tun?

Als Kommunalpolitiker gilt es realistisch zu bleiben. Meine Erfahrungen sagen, Industrieunternehmen suchen sich den Standort. Umgekehrt läuft das eher nicht. Ich ging ja schon auf Einiges ein. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen. Die sogenannten weichen Standortfaktoren gestalten. Das betrifft zum einen die Unternehmen. Mit einem Hebesteuersatz für Gewerbesteuer von 310 Prozent liegen wir auch im Landesvergleich im unteren Bereich. Zunehmend werden aber auch andere Faktoren in einer sich rasant ändernden Arbeitswelt, wie Lebensqualität und Zeit für Familie immer mehr an Bedeutung gewinnen. In Premnitz sind alle beiden Schulen und alle vier Kitas durchsaniert. Derzeit gibt es keine Kinder mit Rechtsanspruch, die nicht in einer Einrichtung betreut werden können. Industrieproduktionen sind immer mit Beeinträchtigungen, wie Lärm und Verkehr verbunden. In Premnitz gibt es eine sehr hohe Akzeptanz für den Industriepark in der Einwohnerschaft. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil. Dieses Urvertrauen zwischen Unternehmen, Einwohnerschaft und Kommunalpolitik gilt es ständig zu erneuern. Darin sehe ich eine meiner wesentlichen Aufgaben.

Wie sieht das Thema Wirtschaftsförderung in Premnitz konkret aus? Wie ist sie bei euch strukturiert?

Wir sind eine kleine Verwaltung mit 43 Beschäftigten. Wirtschaftsförderung ist daher Chefsache. Daneben haben wir mit meinen Amtsvorgänger Roy Wallenta einen Standortmanager, der quasi als Scharnier zwischen IPP und Stadtverwaltung fungiert.

Bei der Entwicklung eines Standortes muss vieles Hand in Hand gehen. Die wirtschaftsnahe Infrastruktur muss ebenso ent-

wickelt werden, wie die weichen Standortfaktoren, die Sicherung des Bestandes mit der Förderung von Neugründungen, etc. Gelingt das in Premnitz?

Wie bereits ausgeführt, gelingt dies in Premnitz sehr gut. Vor 16 Jahren standen wir in Premnitz fast vor dem wirtschaftlichen Aus. Die Lichter drohten auszugehen. Die Bilder von Werksbesetzungen gingen durchs Land und sind immer noch gegenwärtig. Dies hat uns zusammengeschweißt. Aber auch gelehrt mit dem Vorhandenen sorgsam umzugehen. Dies ist, wenn man so will unser Erbgut. Wir haben seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt. Dies wiederum ist Voraussetzung für die Erfüllung zahlreicher Wünsche der Bürgerschaft. In Premnitz erhalten alle Neugeborene ein Begrüßungsgeld in Höhe von 100 Euro. Die mehr als 40 Vereine werden seit Jahren auch finanziell unterstützt. Die Wehr im Ortsteil Mögelin wird in den nächsten Wochen ein Löschfahrzeug erhalten. Die Beschaffungskosten in Höhe von über 320.000 Euro trägt die Stadt allein. Den Betrieb unseres Schwimmbades bezuschussen wir jährlich mit 130.000 Euro. Dies sind nur wenige Beispiele, die aber sehr deutlich machen, welche Anstrengungen nötig sind, um letztlich ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen.

Wirtschaftsfördereinrichtungen beschreiben als einer ihrer wesentlichen Aufgaben die Kooperation und Vernetzung unterschiedlicher Akteure. Wie wichtig sind Kooperationen, deiner Meinung nach, für die Stadtortentwicklung?

Hier sind wir mit den Städten Brandenburg an der Havel und Rathenow als Kooperationspartner in der Wirtschaftsregion Westbrandenburg gut aufgestellt. Natürlich können und müssen wir besser werden. Der gemeinsame jährliche Berufemarkt im September ist ein Riesenerfolg und ein fester Termin im Kalender der Schülerinnen und Schüler unserer Region.

Premnitz liegt zwischen Rathenow und Brandenburg. Ist das für die Stadt eher von Vor- oder von Nachteil?

Weder noch. Die Bundesgarten-

schau in 2016 hat eindeutig bewiesen, dass es richtig war und ist, Gemeinsamkeiten hervorzuheben und Unterschiede zurückzustellen. Wir verstehen uns im Havelland bis hin zur Hanse-Stadt Havelberg in Sachsen-Anhalt als eine Region an der Havel.

Das Land Brandenburg bietet Unterstützung, unter anderem durch Förderprogramme. Inwieweit profitiert Premnitz davon?

Premnitz ist eine Stadt die durch die Wende, wie bereits ausgeführt, arg an einem Aderlass an Menschen und Industrie-Arbeitsplätzen zu leiden hatte. Von etwa 12.000 Einwohnern leben heute in der Kernstadt ohne die Ortsteile noch etwa 6.000 Menschen. Ich nannte schon den Stadtumbau. Hier flossen in den Jahren 2005 bis 2015 4,6 Millionen Euro. Davon 1,53 Euro Bundes- und 1,53 Millionen Euro an Landesmitteln. 1,53 Millionen Euro legte die Stadt auf den Tisch. In den Rückbau nicht mehr benötigten Wohnraums flossen in 2005 – 2017 2,19 Millionen Euro. Davon 50 Prozent vom Land und vom 50 Prozent vom Bund.

Aber auch EU- Fördermittel aus dem Leader Programm in den Jahren 2013 bis 2018 halfen bei der Entwicklung. Erst kürzlich übergab Jörg Vogelsänger einen Zuwendungsbescheid für die Neuanlage einer Tartanbahn im Sport- und Familienpark. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 380.000 Euro. 285.000 Euro werden aus genanntem Programm gefördert. Insgesamt flossen über Leader-Förderung im genannten Zeitraum 1.296.000 Euro. Investitionen in Höhe von 1.802.000 Euro konnten durch uns somit gestemmt werden, wie bspw. die Einrichtung eines Bürgerhauses, die Modernisierung von KITA-Einrichtungen u. m.

Ist das ausreichend oder gibt es da Defizite und vielleicht Handlungsbedarf? Was würdest du verbessern wollen?

Förderprogramme sind sinnvoll. Sie können aber nie eine umfassende Bandbreite abbilden. Zuweilen geraten gerade kleine Gemeinden mit geringerem Personalbesatz an Leistungsgrenzen, die immer komplizierter werdenden Programme abzurufen und ordentlich abzurechnen. Ich

würde mir sehr wünschen, dass die Gemeinden im Land mehr an der Verbundquote beteiligt werden als bisher. Wir waren hier schon einmal bei mehr als den jetzt im Jahr 2020 vorgesehenen 22 Prozent. Dies verschafft finanzielle Beinfreiheit und erspart Arbeit. Die Verantwortlichen vor Ort wissen ohnehin am besten wo der Schuh drückt. Ob dies nun die Wehren sind, Investitionen oder was auch immer. Wir leben in einem bunten Land. Jede Gemeinde ist anders und hat eigene Wünsche und Vorstellungen.

Trägt, deiner Ansicht nach, die Förderung einzelner Unternehmen auch dazu bei den Standort Premnitz insgesamt zu entwickeln?

Dies ist eine komplexe Frage. Ich glaube, Unternehmen zu subventionieren verleitet zu weilen zu (unnötigen) Mitnahmeeffekten. Hier bin ich skeptisch. Gute Dienstleistungen und Produkte sollten sich auch so am Markt durchsetzen. Förderungen aus der Gemeinschaftsaufgabe Ost in die Infrastruktur, wie bspw. in Premnitz in Höhe von etwa 10 Millionen Euro in die Revitalisierung einer 10 ha großen ehemaligen Industriebrache durch Herrichtung einer modernen Infrastruktur wie Medien und Gleisanschluss, werden aber dauerhaft tragen und wirken. Hier wird sich demnächst ein neues Unternehmen ansiedeln.

Übrigens sind 72,1 Millionen Euro seit 1996 an Förderung in unseren Industriestandorten geflossen. Diese Zahl belegt beeindruckend das Bekenntnis des Landes zum Industriestandort Premnitz. Manfred Stolpe und seine Nachfolger haben Wort gehalten und uns hier in der Peripherie nicht allein gelassen.

Wenn du in die Zukunft schauen könntest, was würdest du dir für den Standort Premnitz wünschen?

Ich sehe Premnitz auf gutem Weg. Premnitz wird ein Ort sein in dem Menschen gut leben und arbeiten können. Dies inmitten einer intakten Natur und unweit vor den Toren unserer Landes- und Bundeshauptstadt.